



Nr. 8 - September 2007

KAS HAUPTABTEILUNG INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT
Landesbüro Brasilien / Studienzentrum Rio de Janeiro

***Impunidade* – das Problem der Straflosigkeit in Brasilien**

Katharina Riehle*

Impunidade liegt vor, wenn eine Person nicht bestraft wird, obwohl sie eine im rechtlichen Sinne strafwürdige Handlung begangen hat. *Impunidade* ist die Nicht-Verhängung einer Strafe und ebenso der Nicht-Vollzug einer verhängten Strafe. *Impunidade* bedeutet daher letztlich Straflosigkeit.

In Brasilien ist die Straflosigkeit ein bekanntes Phänomen, das unmittelbar durch das Justizsystem und die Politik gefördert wird. In der breiten Öffentlichkeit wird die *Impunidade* zwar als skandalös empfunden, weil häufig politische Skandale oder gemeine Verbrechen mit Straflosigkeit enden. Doch Politik und Justiz haben bislang noch keine Schritte unternommen, um die *Impunidade* wirksam zu verhindern. Die Tageszeitung „O Globo“ hat im Monat Juni 2007 eine Artikelserie zum Thema „*Impunidade*“ veröffentlicht, die Grundlage des vorliegenden Beitrags ist. Die Artikelserie im *Globo* wurde veröffentlicht in zeitlicher Nähe zum Verfahren im Obersten Bundesgericht (STF) gegen die „*mensaleiros*“, d.h., bekannte Politiker und ihre Verbindungsleute in öffentlichen und privaten Unternehmen, die während der ersten Amtszeit von Präsident Lula da Silva ein System illegaler Schmiergeldzahlungen an Abgeordnete für deren parlamentarische Unterstützung unterhielten. Ob die Angehörigen des Gerichts durch die Artikelserie sensibilisiert wurden, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall haben die Obersten Richter Strafverfahren gegen alle Angeklagten zugelassen. Ob die nun zu führenden Prozesse danach mit *Impunidade* enden, bleibt abzuwarten.

Die Hoffnung, die Entscheidung des Obersten Gerichts gegen die *mensaleiros* würde nun ein wirksames Zeichen gegen die Praxis der *Impunidade* sein, währte nur kurz. Am 12. September wurde Senatspräsident Renán Calheiros (PMDB), ein wichtiger Verbündeter von Präsident Lula da Silva, von seinen Kollegen in einer geheimen Plenarsitzung des Senats, über die nicht einmal ein Protokoll erstellt werden durfte, von dem Vorwurf des Verstoßes gegen die Standesregeln des Senats freigesprochen. Im Frühjahr war bekannt geworden, dass ein Bauunternehmen in den vergangenen Jahren monatliche Alimente für

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

eine uneheliche Tochter des Senators auszahlte, insgesamt mehrere hunderttausend Reais. Der Verdacht lag nahe, dass sich das Unternehmen für Vermittlungsdienste des Senators erkenntlich zeigte. Calheiros aber bestritt die Vorteilsnahme und präsentierte in den vergangenen Wochen und Monaten mehrere Versionen über seine Einnahmen, sein Vermögen und seine Bankgeschäfte. Die Behauptungen von Calheiros erwiesen sich wiederholt als falsch und lügenhaft und die von ihm präsentierten Belege zum Teil als gefälscht. Seine Amtsgewalt nutzte er zur Verschleppung des Verfahrens, doch die Ethikkommission des Senats hat ihn wegen Verstoßes gegen die Standesregeln des Hauses verurteilt. Dieses Urteil bedurfte einer Bestätigung durch das Plenum des Senats. Bei einer Verurteilung hätte er sein Mandat und für acht Jahre das passive Wahlrecht verloren. Calheiros selbst veranlasste die geheime Sitzung des Senatsplenums, um seine Kollegen, die für ihn stimmten, nicht dem Spott der Öffentlichkeit auszusetzen. 35 Senatoren stimmten für die Verurteilung, 40 stimmten dagegen, sechs enthielten sich der Stimme. Damit ist Calheiros freigesprochen. Die Angehörigen der Regierungsparteien haben für ihn gestimmt und auch Präsident Lula hat sich für ihn eingesetzt. Calheiros kann sein Amt weiter ausüben – das System der *Impunidade* hat wieder einmal funktioniert. Bestraft wurde eine der zentralen Institutionen der brasilianischen Demokratie; denn das Ansehen und Vertrauen der Brasilianer in das Parlament und ihre Repräsentanten erreicht nach diesem Skandal einen neuen Tiefpunkt.

Ein Privileg der Eliten

Die *Impunidade* gibt es in Brasilien nicht erst seit gestern. Schon in der Kolonialzeit wurden die Armen für ihre Vergehen grausam bestraft, während die Eliten stets auf milde und nachsichtige Richter trafen.

Ein berühmtes Beispiel der sozialen Ungleichheit in der Gesetzesanwendung ist die „Inconfidência Mineira“, eine Revolte im Jahre 1789 im heutigen Bundesstaates Minas Gerais gegen den damaligen Kolonialherren Portugal, ausgelöst durch den erhöhten Steuerdruck und die extreme Grausamkeit des neuen Gouverneurs. Einer der Protagonisten der Bewegung, Tiradentes, wurde als einziger zum Tode verurteilt und hingerichtet. Er kam aus ärmsten Verhältnissen. Die anderen Mitglieder der Verschwörung hatten Verbindungen in die Metropole und blieben von Strafe verschont. Dafür gilt Tiradentes heute als Nationalheld.

Dieses Beispiel macht deutlich: *Impunidade* ist seit je her, wie aktuell der Fall Renán Calheiros bestätigt, in erster Linie ein Privileg für den Bürger der oberen Schichten. Dieser hat Mittel, nicht gefasst zu werden; wird er gefasst, nicht angeklagt zu werden; wird er angeklagt, nicht verurteilt zu werden; wird er verurteilt, nicht ins Gefängnis zu müssen; und selbst wenn er inhaftiert wird, hat er wahrscheinlich genügend Mittel, durch irgendeine juristische Berufung wieder frei zu kommen. Die untere Klasse allerdings ist der Willkür der Polizei ausgesetzt.

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

Impunidade ist somit nicht nur ein juristisches, sondern auch ein soziales Phänomen. Sie entsteht erst durch die Institutionen des Staates, v.a. Polizei und Gerichtsbarkeit, durch soziale Hierarchien und durch die Machenschaften zwischen diesen.

Warum gibt es die *Impunidade* heute noch?

Hunderte Politiker, Bankiers, Unternehmer und Angestellte sind des Betrugs oder anderer Verbrechen angeklagt, aber weit vom Gefängnis entfernt. Ihre *Impunidade* lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen:

- die Überlastung der Gerichte
- die Lücken im Gesetzestext
- das Übermaß an Verzögerungen der Prozesse
- Korruption und Erpressung
- und vor allem die Unfähigkeit der Justiz, die Prozesse voranzutreiben

Das *foro privilegiado*

Die *Impunidade* von Politikern und Richtern etc hat einen Namen: das Gesetz des „*foro privilegiado*“. Dieses erlaubt eine andere Behandlung von Politikern und Magistraten in Kriminalprozessen. Es ist in der Verfassung vorgesehen und garantiert der Staatsgewalt das Recht, nur durch höhere Gerichte untersucht und verurteilt zu werden. Dabei werden zwei Gruppen unterschieden:

- Eine erste Gruppe hat das Recht auf das Privileg beim Supremo Tribunal Federal (STF); hierzu zählen der Staatspräsident und der Vizepräsident, Bundesabgeordnete, Senatoren, Staatsminister, Generalstaatsanwalt, Kommandanten der Marine, des Heeres und der Luftwaffe, Mitglieder des Rechnungshofes der Union, Mitglieder der obersten Gerichte (STF, STJ, TST, TSE und STM) und Diplomaten. Der STF ist die höchste Instanz der richterlichen Gewalt Brasiliens und vereinigt typische Kompetenzen des Höchsten Gerichts und des Verfassungsgerichts. Seine institutionelle Hauptfunktion ist es, als Wächter der Verfassung zu dienen. Da er für die Prozesse der oben erwähnten Personen zuständig ist, besitzt er eine vitale Bedeutung für die Regierung.

- Eine zweite Gruppe hat das Recht auf das Privileg beim Superior Tribunal de Justiça (STJ). Hierzu gehören Gouverneure, Landgerichtsräte, Mitglieder der staatlichen Rechnungshöfe, Mitglieder der regionalen Bundesgerichte und Mitglieder der Bundesstaatsanwaltschaft, die in Gerichten agieren. Der STJ ist eines der höchsten Organe der richterlichen Gewalt in Brasilien. Seine wichtigste Funktion ist es, über die Einheitlichkeit der Interpretationen der brasilianischen Gesetzgebung zu wachen.

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

Im Hinblick auf diese beiden Institutionen wird das Ausmaß der *Impunidade* sichtbar: nach einer Studie der Richtervereinigung Associação dos Magistrados Brasileiros (AMB) wurden nur 4,6% der seit 1998 im STF vorliegenden Straftaten entschieden. Im STJ liegt der Wert noch tiefer, bei 2,2%.

Seit 1988 wurden im STF 130 Strafverfahren aufgenommen, davon waren 33% Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung, 17% Wahlbetrug, 14% wegen Diffamierung und Beleidigung, 7% Vergehen gegen das Staatseigentum, 7% wegen Steuerhinterziehung, 5% wegen Urkundenfälschung und 17% Andere.

Von diesen 130 Verfahren befinden sich 52 immer noch in Bearbeitung, 46 wurden an untere Instanzen abgegeben, 13 sind bereits verjährt, 13 sind anderen Kategorien zuzuordnen und nur 6 wurden abgeschlossen. Sie endeten mit einem Freispruch der Angeklagten. So kam es zwischen 1988-2007, in einem Zeitraum von neun Jahren, zu keiner einzigen Verurteilung.

Ein Problem ist, dass der STF keine Beweise erbringen, Zeugen hören und Prozesse führen kann. Richter sind ursprünglich berufen, um Fakten zu ermitteln, zu entdecken und schließlich zu bewerten. In den obersten Gerichten ist dies nicht der Fall. Hier werden den Richtern die Fakten bereits unabänderlich ermittelt und interpretiert vorgelegt und sie sollen diese auf das Recht anwenden. Die Suche nach Fakten ist auf dieser Ebene bereits abgeschlossen.

Vor dem STJ wurden seit 1988 483 Strafverfahren behandelt, davon 42% wegen Amtsmissbrauchs, 28% gegen die öffentliche Verwaltung und 30% andere. Davon wurden 16 abgeschlossen, darunter 5 Verurteilungen und 11 Freisprüche; an den STF wurden 10 Fälle abgegeben, 71 sind bereits verjährt, 81 noch in Bearbeitung, 126 wurden an untere Instanzen abgegeben und 179 sind anderen Kategorien zuzuordnen. Diese Fälle beziehen sich nur auf die Prozesse, die gegen Personen der Staatsgewalt, wie Parlamentarier, Minister und Gouverneure eingeleitet wurden, die das *foro privilegiado* besitzen.

Für die AMB beweisen diese Zahlen, dass den obersten Gerichten die Struktur fehlt, solche Prozesse zu führen. Das liegt vor allem an der geringen Zahl von Richtern im Vergleich zu den vielen Fällen, die an die Gerichte herangetragen werden – an den STF waren es 2006 116 000, an den STJ sogar 250 000. Dies bedeutet, dass bei elf Richtern im STF durchschnittlich jeder Richter mit über

10 500 Fällen betraut wird, während im STJ mit 33 Richtern jeder um die 7 500 Prozesse zu bearbeiten hat. Durch das *foro privilegiado* und die Langsamkeit der Gerichte, die mit dem riesigen Ansturm an Prozessen zu kämpfen haben, entsteht ein Teufelskreis, der die *Impunidade* immer weiter verstärkt.

Vielzahl der Instanzen und Berufungen

Ein zentraler Grund für die *Impunidade* beginnt bereits früher im juristischen Labyrinth: durch das Übermaß an Berufungsmöglichkeiten. Für 86% der Richter ist dies nach einer Umfrage der AMB der wichtigste Grund für die *Impunidade* im Land. So ist es möglich, einen Prozess auf 40 Jahre zu verlängern, während die

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

Höchststrafe bei 30 Jahren liegt. Somit kann ein Prozess so lange hinausgezögert werden, bis er verjährt ist.

Berufungen sind zwar international gebräuchlich; die brasilianische Justiz zählt jedoch nur ein Drittel der Richter, die notwendig wären, um den Fällen gerecht zu werden.

Wer über genügend Geld und Beziehungen verfügt, hat bereits in der ersten Instanz unzählige Möglichkeiten verschiedene Berufungen einzulegen (Einspruch wegen Inkompetenz, wegen Befangenheit etc). Nach einer Weile führen diese Berufungen den Prozess in die zweite Instanz. Es gibt Prozesse, die die Anwendungen dieser Berufungen bis zu 80 Mal erlauben. In der zweiten Instanz existieren wieder zahlreiche Berufungsmöglichkeiten. Sind diese ausgeschöpft, wird der Fall den obersten Gerichten in Brasília übertragen. Das Übermaß an Berufungen überlastet die Gerichte und stellt ihre konstitutionelle Rolle als Wächter der Verfassung in Frage.

Ursachen der *Impunidade*

Während der Debatte „Encontros O GLOBO“, die am 11. Juli 2007 zur Unterstützung des Kampfes gegen die *Impunidade* stattfand, war der dominierende Gedanke, nur durch starken sozialen Druck und eine Veränderung im Bewusstsein der Bürger könnte es möglich sein, die *Impunidade* zu bekämpfen und die Missstände zu ändern. Der Anthropologe Roberto DaMatta hob den täglichen Umgang der Bürger mit Gesetz und Normen hervor, wobei die Brasilianer kleinen Delikten keine Bedeutung beimessen würden und viele Verstöße tolerierten, die somit zur Routine werden. Zudem existierte eine Inkohärenz darin, dass zwar einerseits ein moderner Wirtschaftsmarkt mit Kontrolle der Inflation und ökonomischer Stabilität geschaffen wurde, andererseits aber die öffentlichen, staatlichen Stellen gleichzeitig von einer totalen Ineffizienz gekennzeichnet seien, die von Korruptionsskandalen überschattet ist. Das große Problem sei, dass es keine Erziehung gibt, die Gleichheit als fundamentalen, ideellen Wert der Demokratie zu sehen.

Der Präsident der Standesvereinigung der brasilianischen Juristen „Ordem dos Advogados do Brasil“ (OAB) Wadih Damous sieht das größte Problem im *foro privilegiado*. Nur eine große öffentliche Mobilisierung könnte den Kongress dazu bewegen, Änderungen in der Verfassung vorzunehmen, die solche Privilegien beenden. Nur durch Wandlungen in der Struktur der obersten Gerichte könnten diese fähiger werden, Fälle zu entscheiden, in denen Politiker der Korruption angeklagt sind. Denn die obersten Gerichte seien nicht vorbereitet für Verhöre. Es sei schwer, einen Berufsrichter unter den Richtern zu finden.

So sieht auch Cláudio Abramo von der NGO „Transparência Internacional“ das Hauptproblem in der Ungerechtigkeit des politischen Systems, welches ein System der Reichen sei, in dem ein Angeklagter ohne Geld und somit ohne guten Anwalt bereits in erster Instanz verurteilt werde. Dies jedoch ist nicht die Situation der Politiker, die von dem System profitieren. Daher ergebe sich als

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

einer der Hauptgründe der *Impunidade* die außerordentliche Ineffizienz und die Dysfunktionalität des gesamten brasilianischen Rechtssystems.

Hinsichtlich des *foro privilegiado* glaubt Abramo nicht, dass der Kongress die Verfassung ändert, denn damit würde er gegen sich selbst handeln und seine eigenen Privilegien untergraben. Somit wären Änderungen nur durch Druck der Gesellschaft durchzusetzen. Er stimmt mit DaMatta überein, dass es zunächst wichtig wäre, sich abseits des juristischen Systems zu bewegen und die Wurzeln der sozialen Ungleichheit zu bekämpfen, um die *Impunidade* abzuschaffen. Denn in einer ungleichen Gesellschaft kann es kein gleiches System geben.

Ebenso kommen die Kosten und die Schwierigkeit hinzu, Korruptionsfälle aufzudecken: so standen der Staatsanwaltschaft bisher nur US\$ 200 000 zur Verfügung, um den Verbleib der Geldes zu untersuchen, deren Veruntreuung dem früheren Gouverneur und Bürgermeister von São Paulo Paulo Maluf, seit 2006 Bundesabgeordneter, vorgeworfen wird. Es geht dabei um mehr als US\$ 400 Millionen!

Der Fall Paulo Maluf

Ein bekanntes Beispiel für *Impunidade* im Bereich der Politik ist der Fall Maluf. 2005 wurde dieser mit der Anklage, einen Zeugen beeinflusst zu haben festgenommen. Daraufhin verbrachte er 40 Tage in einem Sondergefängnis; denn für Personen mit Studienabschluss gibt es bevorzugte Gefängnisse in Brasilien. Maluf sah sich zu diesem Zeitpunkt einer Reihe schwerer Anklagen wegen Geldwäsche, Korruption, Unterschlagung öffentlicher Gelder etc. gegenüber. Aufgrund seiner „schwachen“ Gesundheit aber veranlasste der STF seine Entlassung aus dem Gefängnis.

Die brasilianische Justiz hat eine Reihe von Dokumenten entdeckt, die Überweisungen in Höhe von 446 Millionen US\$ auf Konten im Ausland belegen, die Maluf zugeordnet werden konnten. Bis September 2005 war Maluf bereits in über 150 Prozesse verwickelt. In den letzten drei Jahren musste er sich in 30 Prozessen verantworten, aber bis zu diesem Moment war er kein einziges Mal verurteilt worden. Seine illegalen Einnahmen, Unterschlagungen etc haben bereits Summen in unfassbaren Höhen erreicht: mehr als 344 Millionen US\$. 2006 wurde Maluf vom STJ zu einer Strafe von 1,2 Millionen R\$ (ca. 450 000 Euro) wegen einer illegalen Vertragsschließung mit TV Globo zur Kostenübernahme des Silvestermarathons in São Paulo während seiner Amtszeit als Bürgermeister verurteilt..

„Brasilien besitzt eine gerechte und ernsthafte Justiz. Wenn jemand nicht verurteilt wurde, bedeutet dies, dass es keine ausreichende juristische Beweislage gab. Die Staatsanwälte in diesem Land begehen die meisten Verbrechen“. Dieser Kommentar Malufs zeigt angesichts der Vorwürfe, Beweislage und Tatsachen die überlegene Selbstsicherheit, mit der er auf seine *Impunidade* baut.

Seit sechs Jahren versucht Staatsanwalt Silvio Marques Maluf ins Gefängnis zu bringen. Er erbrachte bereits unzählige Beweise über illegale Finanztransaktionen

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

Malufs im In- und Ausland. Die einzige Strafe bisher ist die Blockierung des Vermögens Malufs und seiner Familie, um die 36 Millionen R\$ (ca. 13 Millionen Euro), durch den STJ.

Auch wenn Maluf durch das *foro privilegiado* die Möglichkeit hatte, seit Januar diesen Jahres als Bundesabgeordneter zu agieren, sieht seine Situation im Ausland um einiges schwieriger aus. Die US-amerikanische Justiz hat ihn zu Gefängnis verurteilt, wenn er ihren Boden oder den von Ländern mit Auslieferungsabkommen betritt. Der Grund für die Verurteilung ist der Prozess, in dem Maluf der Korruption und Unterschlagung im Falle der Bauarbeiten der Avenida Água Espraiada (SP) angeklagt war, dessen Gelder von ihm in die USA geschickt worden waren. So wird er zwar in Brasilien nicht zur Verantwortung gezogen, ist aber ein Flüchtling vor der Justiz der Vereinigten Staaten.

Der Fall „Mafia der Vampire“

Ebenfalls für großes Aufsehen sorgte der Fall der „Mafia der Vampire“: im April 2004 nahm die Polícia Federal 17 Unternehmer, Lobbyisten und öffentliche Angestellte wegen des Betrugs bei Ausschreibungen und dem Kauf von Medikamenten fest. Es war der erste der großen Skandale, in die die Regierung Lula verwickelt war und schockte die öffentliche Meinung in hohem Maße. Allerdings reichte der Skandal in die Zeit früherer Regierungen zurück. Große Unternehmen, Beamte des Gesundheitsministeriums und Lobbyisten hatten sich zu einer kriminellen Vereinigung zusammengeschlossen, ließen die Regierung überhöhte Preise für Medikamente gegen Blutkrankheiten zahlen und veruntreuten somit zwischen 1990 und 2003 Gelder der öffentlichen Kassen in der unglaublichen Höhe von 2 Milliarden R\$ (ca. 740 Millionen Euro). Daher stammt auch der Name „Mafia der Vampire“.

Heute jedoch, drei Jahre nach Aufdeckung des Skandals, befindet sich der Prozess immer noch in der Anfangsphase. Nach Schätzung des Staatsanwaltes Gustavo Veloso wird der Prozess mindestens 2 Jahre in der ersten Instanz andauern, bevor er an die oberen Instanzen weitergegeben wird.

Anfang 2006 wurde die Verwicklung des früheren Gesundheitsministers Silva Humberto Costa und des früheren Schatzmeisters der PT, Delúbio Soares, in die Mafia entdeckt. Somit kam es zu einer Verschiebung der gesamten Anklage, denn die Namen mussten hinzugefügt werden und der Prozess, der anfangs seinen normalen Gang genommen hatte, begann wieder von vorne.

Der Fall Sudam

Auch im Falle Sudam (Superintendência do Desenvolvimento da Amazônia), eine Art Regionalentwicklungsgesellschaft, gab es über 50 Verdächtige und niemand wurde bestraft. Anfang 2001 eröffnete die Bundesstaatsanwaltschaft eine Reihe von Untersuchungen wegen Betrug und Korruption innerhalb der Sudam. Unter den Hauptverdächtigen befand sich auch der frühere Senator und heutige Abgeordnete Jader Barbalho (PMDB-PA). Insgesamt wurden 50 Personen

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

verdächtig, zusammen 1,7 Milliarden R\$ (ca. 630 Millionen Euro) unterschlagen zu haben.

Heute, sechs Jahre später, hat keiner der Angeklagten eine Strafe erhalten. Die Anklagen gegen Jader Barbalho, der Recht auf das *foro privilegiado* hat, und weitere 19 angebliche Komplizen werden vom STF ohne Aussicht auf ein Ende verschleppt. Weitere hundert Untersuchungen gegen Personen ohne Recht auf *foro privilegiado* in verschiedenen Bundesländern sind noch offen, um den Betrug zu klären. Aber eine Verurteilung ist höchst unwahrscheinlich. Von 30 Anklagen im Bundesstaat Tocantins wurden schon 20 zu den Akten gelegt.

Für den Generalstaatsanwalt Mário Lúcio Avelar ist es unverständlich, warum nicht genügend Beweise vorhanden sind, um einen einzigen Angeklagten zu verurteilen. Denn die Mehrheit der von Sudam finanzierten Projekte existiere nur auf dem Papier. Das Geld dafür ist in die Taschen der Angeklagten geflossen.

Das foro privilegiado in der Justiz

Nicht nur Politiker ge- bzw. mißbrauchen ihr *foro privilegiado*. Dieses ist ebenfalls Richtern vorbehalten und auch hier nimmt die *impunidade* erschreckende Ausmaße an. Sie halten die Macht in den Händen, Millionen von Brasilianern zu verurteilen. Aber wenn sie selbst auf die Anklagebank kommen, profitieren sie von ihren Kollegen, die ihnen eine Wohltat erweisen und niemanden aus den eigenen Reihen verurteilen wollen.

Im Jahre 2005 wurde der Conselho Nacional de Justiça (Nationaler Justizrat) geschaffen, um die Fehlritte von Richtern aufzuklären. Seitdem kam es zu 880 Anklagen vor allem wegen des Verkaufs von Urteilen. Die Hälfte davon wurde an Gerichte der Bundesstaaten abgegeben. Die Mehrheit der Prozesse, die im Conselho blieb, wurde bereits zu den Akten gelegt, aber auch für die Restlichen besteht wenig Aussicht auf ein Urteil. Nur 20 der 880 Angeklagten wurden aus ihren Positionen entlassen, kein einziger Richter wurde in diesen zwei Jahren verurteilt.

In dieser Zeit haben jedoch 26 Richter um frühzeitige Rente gebeten, um der Disziplinarstrafe zu entgehen. Mit dem Ruhestand eines Richters werden die offenen Ermittlungen gegen ihn eingestellt, er erhält aber weiterhin seine volle Rente.

So geschah es auch im Falle des früheren Richters des STJ Vicente Leal: er war in Urteilsverkäufe an Drogenhändler verwickelt. 2003 wurde er aus dem Amt entlassen, 2004 kam es zum Beschluss, interne Ermittlungen aufzunehmen und die Forderung nach Strafe wurde immer lauter. Dieser kam Leal schließlich durch die Einreichung seiner Rente zuvor. So entgeht er einem Prozess und da er bereits 30 Jahre Dienst absolviert hatte, wird ihm sein Rentengehalt in voller Höhe ausgezahlt: R\$ 23 275 pro Monat (ca. 8.000 Euro).

Impunidade in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung

Jedoch nicht nur im Zusammenhang mit dem *foro privilegiado* stellt sich das Problem der *Impunidade*. Es lässt sich auch in vielen anderen Bereichen beobachten.

Nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes ereigneten sich 11% der aufgedeckten Unterschlagungen zwischen 2003 und 2006 im Fundo Nacional de Desenvolvimento da Educação (FNDE, nationaler Fonds zur Förderung der Schulen), der aus staatlichen und bundesstaatlichen Mitteln Mahlzeiten in den Schulen, Bücher, Transport etc finanziert. Die Zahlen sind erschreckend: in vier Jahren wurden mehr als 250 Millionen R\$ (ca. 95 Millionen Euro) unterschlagen.

Somit berührt die *Impunidade* den Schlüsselsektor für die Entwicklung des Landes. Die Unterschlagungsfälle sind zwischen 2003 und 2006 um 122% gestiegen, wobei hier wahrscheinlich eine höhere Aufklärungsrate in Rechnung zu stellen ist.

Die verlorenen Gelder können nicht wieder beschafft werden und auch die Schuldigen, wenn sie denn zu fassen sind, werden selten verurteilt, was von der Langsamkeit der Bearbeitung unterstützt wird. So ergibt sich das Bild, dass die Unterschlagung von öffentlichen Geldern keine Konsequenzen hat.

Dies scheint auch der Fall im Bundesstaat Alagoas zu sein: nach der Festnahme von acht Bürgermeistern, einem Abgeordneten und fünf ehemaligen Bürgermeistern wegen Unterschlagung der Gelder für Schulspeisungen. So verbrachten die Schüler in São Luís do Quitunde, Alagoas, der Staat mit der höchsten Analphabetenrate, ein Jahr ohne Schulmahlzeiten.

Die besten Anwälte, die Unendlichkeit an Berufungen, die Ausdehnung der Prozesse bis zur Verjährung führte dazu, dass auch nach über zwei Jahren noch niemand verurteilt worden ist.

Gewaltopfer Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, Opfer von Gewaltverbrechen, Entführung oder Mißbrauch sind Opfer der *Impunidade*. Untersuchungen zeigen, dass die meisten Täter weit davon entfernt sind, ins Gefängnis zu wandern. Die Prozesse zögern sich in vielen Fällen bis zu 14 Jahre hinaus, währenddessen die Gewalt immer weiter wächst.

Nach einer Studie der Associação Nacional dos Centros de Criança e do Adolescente (Anced) einer privaten Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte der brasilianischen Kindheit, wurden von den 24 schlimmsten Verbrechen zwischen 1999 und 2000 85% nicht gelöst. 38,1% der Fälle, die abgeschlossen wurden, dauerten über zehn Jahre. Nur 9,5% der Prozesse wurden in weniger als fünf Jahren beendet.

Jedoch auch in den Fällen, in denen es zur Verurteilung kam, sitzen die wenigsten im Gefängnis. Einer der jüngsten Fälle geschah in Porto Ferreira (SP), wo die

FOCUS BRASILIEN

SEPTEMBER 2007

www.adenauer.org.br

Polizei 2003 eine Gruppe von zwölf Personen, unter ihnen Stadträte und Unternehmer festnahm. Die Anklage lautete auf Verführung Minderjähriger. Obwohl einige Angeklagte zu 45 Jahren verurteilt worden waren, sitzt niemand im Gefängnis. Der Stadtrat Luiz César Lanzoni erhielt die Strafe von 45 Jahren in der ersten Instanz, die erste Berufungsinstanz in São Paulo reduzierte sie jedoch auf zehn Jahre. Davon saß er 39 Monate ab. 2005 ließ er sich zum dritten Mal zum Stadtrat wählen. Diese Studie der Anced bekräftigt eine Statistik Anfang der 1990er Jahre, die besagte, dass in São Paulo von 622 Verbrechen gegen Kinder und Jugendliche nur 1,72% zu einer Verurteilung gelangten.

Mordfälle

Ebenso erstreckt sich die *Impunidade* auch auf Mordfälle, z.B. in Pernambuco, dem Bundesstaat mit der höchsten Gewalttate. Allein im Jahre 2007 geschahen dort bis Mai 2 097 Morde. Im Jahre 2006 wurden dort 4 638 Personen umgebracht, jedoch nur 38 Täter kamen auf die Anklagebank und nur für 24 wurde ein Urteil gesprochen. Die Aufklärungsrate liegt nur bei 20%, zwei Drittel der Fälle werden überhaupt nicht erst untersucht. Solche Zahlen werden sicherlich dazu beitragen, dass die ohnehin niedrige Hemmschwelle bei Morden noch zusätzlich sinkt.

Wieder aktuell wurde kürzlich der Fall des Reporters von TV Globo Tim Lopez, der 2003 in der Favela Vila Cruzeiro in Rio de Janeiro Opfer eines bestialischen Mordes war. Seine Mörder hatten ihn bei einer verdeckten Reportage über Drogengeschäfte und sexuellen Missbrauch von Jugendlichen während eines Funk-Konzerts entdeckt. Er wurde gefoltert, zerstückelt und anschließend mit Benzin übergossen und angezündet. Einer der Hauptverdächtigen war gefasst und zu 23 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt worden. Mitte Juli 2007 erhielt er nun eine Hafterleichterung, die ihm regelmäßigen Ausgang zusicherte. Am 19. Juli verließ er das Gefängnis und ist seither verschwunden. Die Staatsanwaltschaft hatte zwar im Februar eine Klage gegen mögliche Hafterleichterungen eingereicht, diese war jedoch vom Obersten Bundesgericht (STF) wegen Verfassungswidrigkeit abgelehnt worden.

Ausblick

Die brasilianische Gesellschaft, so der Präsidenten der AMB Rodrigo Collaço, wächst mit dem Bewußtsein auf, dass jemand, der politische und wirtschaftliche Macht besitzt, nicht das Ziel von Untersuchungen sein dürfe; das habe einen großen Anteil an der *Impunidade*. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung zunächst mit diesem Element der brasilianischen Kultur zu brechen.

Mitte August hatten in São Paulo 5 000 Personen gegen die *Impunidade* demonstriert. Die Richtervereinigung AMB hat verschiedene Maßnahmen und Gesetzesreformen zur effektiven Ausmerzung der *Impunidade* vorgeschlagen, darunter u.a. die sofortige Abschaffung des *foro privilegiado*. Das Bewusstsein und der Protest gegen die fatalen Folgen der *Impunidade* wachsen. Der Fall Renán Calheiros jedoch zeigt, dass die politische Klasse ihre Privilegien und ihre Straflosigkeit selbst unter Inkaufnahme der Beschädigung der Institutionen der Demokratie verteidigen.